



ZUKUNFT DER POLIZEI

# Neue Personalplanung mit 250 FH-Studienplätzen

**Im Mai werden 250 neue Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter eingestellt. Das sind 50 mehr als nach dem Haushalt 2004 vorgesehen. Das Kabinett hatte die höhere Einstellungszahl Ende März beschlossen. Ministerpräsident Kurt Beck und Innenminister Walter Zuber wollen mit der neuen Personalplanung die Polizeistärke verbessern.**

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) steht positiv zur Entscheidung der rheinland-pfälzischen Landesregierung, jetzt stärker in die Ausbildung bei der Polizei zu investieren.

GdP-Vorsitzender Ernst Scharbach: „Innenminister Walter Zuber zeigt mit seinem detaillierten Bericht zur ‚Zukunft der Polizei‘ auf, dass wir in Rheinland-Pfalz eine starke und gut ausgebildete Polizei brauchen, um die Sicherheitsaufgaben bewältigen zu können. Diese Einschätzung ist völlig richtig – wenn es auch strittig bleibt, wie viel Polizei das Land wirklich braucht. Ministerpräsident Kurt Beck und seine Regierung gehen jetzt konsequent an die Umsetzung der vorgelegten Personalplanung und stocken das im Etat 2004 ursprünglich auf 200 Neueinstellungen fixierte Einstellungskontingent deutlich auf. Das ist angesichts der Sicherheitslage konsequent und wird von der GdP ausdrücklich begrüßt.“

Die 250 Neueinstellungen verteilen sich auf die fünf Polizei-

präsidien nach folgendem Schlüssel:

- PP Koblenz: 94
- PP Mainz: 57
- PP Rheinpfalz: 66
- PP Westpfalz: 11
- PP Trier: 22

Beim PP Westpfalz wirkt sich schon in diesem Jahr die Reduzierung der Einstellungsrate zum Ausgleich des erhöhten Personalzuganges wegen der Fußball-WM aus. Über die Einstellungsquote hinaus berufen die Polizeipräsidien weitere Bewerber ab Mai in den Dienst, um Personalausfälle nach Ausscheiden von jungen Auszubildenden aus laufenden Studiengängen zu kompensieren. Die heraufgesetzte Einstellungsrate bringt die GdP allerdings nicht von ihrer generellen Kritik ab, dass die Personalstärke der Polizei im Land zu gering ist. Ernst Scharbach: „Der Zukunftsbericht setzt als Ausgangszahl die heutige Stärke der Polizei von rund 9000 Polizistinnen und Polizisten an und kommt nach der Untersuchung einer

ganzen Reihe von möglichen Einflussfaktoren zu dem Ergebnis, dass diese Stärke auch für die Zukunft gehalten werden muss. Das Fazit ist richtig, die Ausgangsbasis von 9000 nicht. Rheinland-Pfalz braucht 10 000 Polizistinnen und Polizisten.“

Aus Sicht der GdP ist das um ein Viertel erhöhte Ausbildungsplatzangebot der Polizei ein wichtiges Signal an die Wirtschaft, die Ausbildungsmisere anzugehen. Zusatzerfolg der GdP: In der Polizeitechnik und den Verwaltungsbereichen sollen 10 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Nur die halbe Wahrheit ist die Darstellung der Regierung, mit 125 in den letzten Jahren zusätzlich eingestellten Tarifbeschäftigten sei vor allem der Wechselschichtdienst entlastet worden. Über den gleichen Zeitraum hinweg wurden nämlich in noch größerer Zahl Stellen für Angestellte und Arbeiter/innen durch die generelle Haushaltsaufgabe eingespart.

TW

### Einstellungsplanung

Jahr	Polizeianwärter
2004–2010	250
2011–2019	350
2020–2023	300
2024–2027	250

## CDU will 300

Die Personalentwicklung der Polizei bleibt zwischen Regierung und Opposition strittig. Die CDU reagierte auf die von Beck und Zuber angekündigten 250 Neueinstellungen zum Mai postwendend mit Kritik an der Belastungs- und Personalsituation der Polizei und der Forderung, mindestens 300 Polizeianwärter in den Dienst zu berufen. Gestiegene Kriminalität und die gewachsene Bevölkerungszahl machten

es erforderlich, mittelfristig mehr als 9000 Polizistinnen und Polizisten im Land einzusetzen. Ergänzend zur Kritik an der Personalsituation stellten die CDU-Abgeordneten Marlies Kohnle-Gros und Michael Hörter eine Große Anfrage zur Zukunft der Polizei vor. In 18 Fragen werden Auskünfte zu Personalstärken, Überstunden, flexiblen Arbeitszeiten und zur Altersteilzeit verlangt.

TW

### AKTUELL IN DIESER AUSGABE

■ **PERSONAL-PLANUNG POLIZEI**  
Seite 1

■ **FUSSBALL-WM**  
Seite 3  
Interview mit Inspekteur Werner Blatt

■ **KURZ & KNACKIG**  
Seite 4  
Videoscan  
Drogenfahrten  
Heimatschutz  
Steuern  
Terrorismus

■ **KRIMINAL-STATISTIK**  
Seite 5

■ **GDP-SEMINARE**  
Seite 8

### GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-rp.de>  
<http://www.psw-rp.de>  
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

[gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)  
[psw-rp@gdp-online.de](mailto:psw-rp@gdp-online.de)  
[psw-reisen-rp@gdp-online.de](mailto:psw-reisen-rp@gdp-online.de)

## GdP-Erfolg: Alters- teilzeit geht weiter

**GdP-Erfolg: Die Altersteilzeit für Beamte ist verlängert worden. Minister Zuber hat seine Zusage an die GdP eingelöst, dass der ursprünglich verhängte Stopp der Regelung aufgehoben wird.**

Die Altersteilzeitregelung wird ab August unter modifizierten Rahmenbedingungen fortgeführt. Landesweit können maximal 150 Altersteilzeitverhältnisse bestehen, neue Genehmigungen also nur in diesem Rahmen erfolgen. Das Gesamtkontingent für Altersteilzeit verteilt sich wie folgt auf die Dienststellen:

● PP Koblenz	38
● PP Mainz	20
● PP Rheinpfalz	20
● PP Trier	23
● PP Westpfalz	25
● ZPT und LPS/FH je	1
● Bepo	13
● LKA	4
● Wapo	5

Es wird für die absehbare Zeit nur wenige Fälle von Neugeneh-

migungen geben können, weil in den meisten Dienststellen das Kontingent ausgeschöpft bzw. teilweise sogar überschritten ist.

Im Übrigen wird die Dauer der jeweiligen Altersteilzeit auf höchstens vier Jahre begrenzt, so dass sich die Freistellungsphase vor dem Termin der Ruhestandsversetzung auf längstens zwei Jahre erstrecken kann.

Der HPRP wird nun den Zeitpunkt der Antragstellung klären und fordert bei Fällen von freiwilliger Arbeitszeitverlängerung zusätzliche Altersteilzeitgenehmigungen.

TW

## Elternzeit bei der Probezeit anrechnen

Die GdP-Frauen fordert die Anerkennung Elternzeit bei der Berechnung der Probezeit für die Lebenszeiteinstellung und die Anstellung. Derzeit finden sich in der Laufbahnverordnung der Polizei keine Regelungen für die Anrechnung von Elternzeit oder der Pflege von Familienangehörigen. Dies bedeutet, dass zwar die Bundeswehrzeit oder ökologische und soziale Jahre zu einer Verkürzung der Probezeiten führen, die wichtige Aufgabe der Kindererziehung und der Pflege pflegebedürftiger Familienangehöriger keine gleich gelagerte positive Anrechnung findet. Dies hat negative Auswirkungen auf spätere Beförderungschancen.

Die GdP-Frauengruppe fordert eine Änderung der Laufbahnverordnung Polizei, um die Gleichstellung der gesellschafts-

politisch wichtigen Aufgabenstellungen der Kindererziehung und Hilfe für Pflegebedürftige mit anderen Formen der sozialen Betätigung zu erreichen. Der Landesvorstand hat sich diesem Antrag angeschlossen und das Ministerium aufgefordert, bei der Novellierung der Laufbahnverordnung Polizei die Elternzeit und Pflege in die Tatbestände, die zu einer Verkürzung der Probezeit führen, aufzunehmen.

HW

## Arbeitgeber auf Kollisionskurs

Viele Kolleginnen und Kollegen haben sich an den bequemen Zustand gewöhnt, dass Tarifverträge für **alle** Beschäftigten im Tarifbereich gelten. Dem ist mitnichten so! Im öffentlichen Dienst wollen einige Ministerpräsidenten dieses in Deutschland bewährte System zersplittern. Berlin und Hessen bleiben bei ihrem Austritt aus der TdL. Andere streben nach Optionsklauseln, um eigenständige Länderregelungen treffen zu können. Das bewährte System der gemeinsamen Verhandlungen der Gewerkschaften mit dem Bund, der TdL und der VKA ist praktisch am Ende.

### Was bedeutet das konkret?

Tarifverträge gelten im Grundsatz nur zwischen den Tarifvertragsparteien und nur für deren Mitglieder. Die GdP schließt also Tarifverträge im Namen ihrer Mitglieder ab. Das ist auch richtig so, denn nur die Mitglieder zahlen in die Streikkasse ein und

leisten ihren Beitrag zur finanziellen Sicherung ihrer Gewerkschaft. Sie greifen bei Tarifverhandlungen unmittelbar in das Geschehen ein, wenn es zu Urabstimmungen über Streik und anschließender Annahme oder Ablehnung des Verhandlungsergebnisses kommt. Nichtorganisierte haben in den vergangenen Jahren lediglich davon profitiert, dass der Arbeitgeber **freiwillig** die Regelungen des Tarifvertrages auch auf sie angewandt hat. Jetzt gehen die Arbeitgeber auf Kollisionskurs. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hat die Tarifverträge für die Arbeitszeit gekündigt. **Die klare Absicht: Länger arbeiten lassen und weniger Lohn zahlen.** Es geht weiter an die Substanz, nachdem schon letztes Jahr von den Arbeitgebern die Tarifverträge gekündigt wurden, um das Urlaubsgeld zu streichen und das Weihnachtsgeld zu kürzen.

### Geschützt sind nur die Mitglieder der Gewerkschaft.

Für sie gilt die „Nachwirkungsklausel“ des Tarifvertragsgesetzes. Bei allen anderen Beschäftigten wird – so ist zu befürchten – der Arbeitgeber nach Ablauf der Frist ab 1. Mai 2004 die Arbeitszeit verlängern. Das wird als erste die ab Mai neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen treffen. Aber es besteht auch **Gefahr für die bereits heute Beschäftigten:**

**Achtung:** Die Nachwirkungsklausel entfällt auch bei jeder Änderung oder Ergänzung des persönlichen Arbeitsvertrages!

**Also:** Nichts unterschreiben, sondern erst mit der Gewerkschaft der Polizei reden!

**Wer Wert auf Sicherheit legt, ist Mitglied der Gewerkschaft der Polizei!**

ESch/TW



**Ausgabe:**  
Landesbezirk Rheinland-Pfalz  
**Geschäftsstelle:**  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (0 61 31) 96 00 90  
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99  
Internet: <http://www.gdp-rp.de>  
E-Mail: [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

**Redaktion:**  
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)  
Polizeipräsidium Westpfalz  
67621 Kaiserslautern  
Telefon (06 31) 3 69 23 13  
Telefax (06 31) 3 69 23 14  
E-Mail: [jmoser@gdp-online.de](mailto:jmoser@gdp-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-2 22  
Anzeigenleiter: Michael Schwarz  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28  
vom 01. 01. 2002

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

## POLIZEIEINSATZ

**Fußballweltmeisterschaft 2006**

**Der Polizeieinsatz „Fußballweltmeisterschaft 2006“ wird für die Polizei auch in Rheinland-Pfalz eine riesige Herausforderung darstellen. Die GdP begleitet die Planungsarbeiten und will über Hintergründe und Entscheidungen informieren. Auftakt der Berichtsserie in DP ist ein Interview mit dem Inspekteur der Polizei beim Innenministerium Werner Blatt. Helmut Knerr, stellv. Landesvorsitzender, zuständig für Betreuungsmaßnahmen der GdP bei Großlagen, führte das Gespräch.**

**DP: Wie bereitet das Innenministerium die Polizei auf diese Großlage vor?**

Seit 2001 findet auf Bundesebene eine Vielzahl von Maßnahmen statt, um ein einheitliches und abgestimmtes Vorgehen sicherzustellen. Ziel ist es hierbei, ein Rahmenkonzept der Polizeien des Bundes und der Länder zu erarbeiten, welches eine verbindliche Orientierung ermöglicht. Bereits im Herbst 2002 wurde das Polizeipräsidium Westpfalz vom Ministerium des Innern beauftragt, die entsprechenden Vorbereitungen zur Umsetzung der polizeilichen Maßnahmen anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006 zu treffen. Das Polizeipräsidium Westpfalz hat diesbezüglich mehrere Planungsbereiche eingerichtet, wobei eine enge Verzahnung mit der Stadt Kaiserslautern sichergestellt ist.

In der Polizeiabteilung des Innenministeriums sind sämtliche Referate mit den Themen Einsatz, Personal, Haushalt, Technik und Baumaßnahmen sowie Aus- und Fortbildung anlässlich der WM 2006 beschäftigt.

**DP: Welche Maßnahmen und Projekte laufen schon?**

Vor dem Hintergrund der WM wurde im Innenministerium ein Personalkonzept für das Polizeipräsidium erarbeitet. Danach erfolgt in den Jahren 2004 und 2005 jeweils eine Verstärkung um 50 Beamtinnen und Beamte. Im Haushaltsbereich wurden Mittel für spezifische Sachausgaben zur WM 2006 bereitgestellt. Die Zeitpläne für den Umbau des Präsidiums sowie der Realisierung der Stadionwache und Befehlsstelle im Fritz-Walter-Stadion werden permanent überprüft. Planungsschwerpunkte bei der Aus- und Fortbildung stellen eine ausge-

wählte fachspezifische Fremdsprachenausbildung, Schulung im Aufgabenfeld Öffentlichkeitsarbeit, Ausbildung „Szenekundiger Beamter“ und die Durchführung spezifischer Einsatztrainings dar.

Beim Polizeipräsidium Westpfalz wurde eine Projektorganisation eingerichtet, die sämtliche mit der WM 2006 im Zusammenhang stehende polizeiliche Themenfelder beleuchtet. Daneben gibt es eine Vielzahl von weiteren Projekten, so wurde beispielsweise durch die Dienstthun-

deausbildungsstelle der Bereitschaftspolizei eine Konzeption zum Dienstthundeeinsatz WM 2006 erstellt, in der Beschaffung, Aus- und Fortbildung etc. geregelt sind.

**DP: Wo sehen Sie derzeit persönlich die schwierigsten Aufgabenstellungen für die Kolleginnen/Kollegen?**

Die WM wird für alle Kolleginnen und Kollegen einen Dauereinsatz über einen Monat im gesamten Land darstellen. Auch wenn der WM-Standort

Kaiserslautern einsatzbezogen einen Brennpunkt darstellt, finden Einsatzmaßnahmen in allen Präsidialbereichen statt. So sind während der Dauer der WM gerade die Reisewege und Übernachtungsstätten der Fans, Quartiere und Trainingsplätze der Mannschaften, Großbildleinwände in den Innenstädten und mögliche Jubelkorsi deutscher und ausländischer Anhänger in den Einsatzplanungen zu berücksichtigen.

**DP: Organisation und Technik sind bei Events dieser Größenordnung auch stets im Vordergrund auf dem Prüfstand. Welche Marschrichtung gibt hier das Innenministerium vor?**

Bei einer solchen Veranstaltungslage ist aus polizeilicher Sicht eine frühzeitige Planung und Realisierung der technischen Vorhaben unumgänglich. Wir haben diesbezüglich frühzeitig reagiert und bereits 2003 eine Projektgruppe „FEM 2006“ bei der Zentralstelle für Polizeitechnik eingerichtet. Besondere Bedeutung kommt hierbei der Erarbeitung von Lösungen für die Funkkommunikation, der Befehlsstelleninfrastruktur und der Videoübertragung zu.

**DP: Was sind Ihre ganz persönlichen Wünsche zur Fußball-WM bei uns in Deutschland?**

Selbstverständlich freue ich mich auf die WM und hoffe auf einen sportlichen Erfolg der deutschen Mannschaft. Aus Sicht der Polizei wünsche ich mir, dass es uns gelingt, die Sicherheit der Spiele und einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten. Die Polizei in Rheinland-Pfalz hat einen sehr hohen Leistungsstandard. Diesen gilt es gerade während der WM – wenn die ganze Welt auf Deutschland blickt – durch eine professionelle Einsatzbewältigung und ein freundliches, aber bestimmtes Auftreten unter Beweis zu stellen.

**DP bedankt sich bei Inspekteur Werner Blatt für das Interview.**

HK



Inspekteur Werner Blatt



## Neuer Schießstand notwendig

Reduzierungen und Einschränkungen in der Schießaus- und -fortbildung dürfen für die Polizei nicht entstehen. Neu- und Umbaumaßnahmen müssen trotz schwierigster Haushaltssituationen zügig und sehr zeitnah in Angriff genommen werden. Die Politik ist gefragt!

**Diese Bewertung nahm Helmut Knerr in einer Stellungnahme für die GdP zur Situation der Schießstandnutzungen der rheinland-pfälzischen Polizei vor.**

Die rheinland-pfälzische Polizei betreibt zur Gewährleistung der Schießausbildung eigene Schießstände, benutzt aber auch durch vertragliche Regelung Schießstände privater Anbieter. Dies sind Anlagen des Militärs oder aber von Schützenvereinen. Aufgrund verschiedener Untersuchungen durch die Unfallkasse wurden bei verschiedenen Schießstandnutzungen im letzten Jahr Grenzwerte bei Bleibelastungen festgestellt, die das Innenministerium zu drastischen Maßnahmen veranlassten. Diese gesonderten Messungen wurden auch ausgelöst durch Feststel-

lungen von Belastungswerten bei Einsatz- und Schießtrainern. Mittlerweile erklärte das Innenministerium, dass diese Belastungswerte auch durch private Initiativen der Betroffenen basieren und zurückzuführen sind. Wegen der Untersuchungsergebnisse musste der polizeiliche Schießbetrieb bei verschiedenen von privat betriebenen Schießständen durch das ISM untersagt bzw. eingeschränkt werden. Positiv ist allerdings, dass die eigenen Schießstände bei der Polizei wegen der regelmäßigen Wartung und mit hohem finanziellen Aufwand betriebenen Instandsetzungsmaßnahmen sehr gute Untersuchungsergebnisse bei den Belastungswerten aufzeigten und Auflagen nicht notwendig waren.

Sicherlich können videogestützte Simulationsprogramme (FATS-Anlagen) einiges an notwendigem Training auffangen. Dennoch ist das Üben mit scharfer Munition nicht verzichtbar und darf auch nicht reduziert bzw. eingeschränkt werden. Auf eine Anfrage der CDU-Landtagsabgeordneten Marlies Kohnle-Gros

antwortete das Innenministerium für die Landesregierung, dass man derzeit vorrangig Realisierungsalternativen mit dem Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) prüfe. Drei eigene Schießanlagen sollen nach neuesten technischen und polizeilichen Gesichtspunkten gebaut werden. Problematisch ist die Frage der Kostenrealisierung. Bereits in den Haushaltsberatungen trug die GdP allen im Landtag vertretenen Fraktionen diese Schießstandproblematik vor und forderte, dass erste Mittelansätze in den Haushalt 2004 eingestellt werden. Dies ist nicht geschehen. Die Zeit drängt und die Politik muss nun Lösungsansätze zur Finanzierung finden. Die GdP sieht unmittelbar die Möglichkeit, das im Bepo-Standort Wittlich-Wengerohr stillgelegte ehemalige Schwimmbad in einem ersten Schritt für ein Schießhaus umzubauen. So könnten hier verschiedene Dienststellen im Großraum Trier, Wittlich-Wengerohr und Hahn diese Anlage nutzen. **HK**

## KURZ BERICHTET AUS DEM HAUPTPERSONALRAT POLIZEI

### Schutzwesten an operative Dienste

Auf Nachfrage der GdP hat das ISM entschieden, dass die persönlichen **Schutzwesten** primär den PolizistInnen im Streifen- und vergleichbaren operativen Diensten (z. B. K-Dauerdienst, Fahndung, OK) zugeteilt werden sollen, da dort das höchste Gefährdungspotenzial liegt. Auf Antrag des Personalrates der PD Koblenz befasste sich der HPRP mit der **Belastungssituation** der Polizeibeamtinnen und -beamten. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die Zunahme der zu bearbeitenden Vorgänge und die Abnahme der Polizeibeschäftigten führten vermehrt zu unverantwortlichen Belastungen. Der HPRP will die Situation mit dem Staatssekretär besprechen und mögliche Kon-

sequenzen erörtern. Der HPRP stimmte den Zulassungen für die **Aufstiegsausbildungen (ASA)** 2004 und 2005 zu. Die Quoten (FI, EA, DoQua) entsprechen denen des Vorjahres. Die Mitteilungen an die Bewerber erfolgen in den nächsten Wochen.



Der Personalrat des LKA konnte sich mit der Dienststelle nicht über die **Parkordnung** beim PP Mainz einigen. Der Gesamtpersonalrat des PP Mainz und

der Personalrat der ZPT hatten der Parkordnung jedoch zugestimmt. Im Einigungsverfahren stimmte der HPRP der Parkordnung zu, um absehbare Nachteile für alle bisherigen Teilnehmer der Parkregelung und des Jobtickets zu vermeiden.

Das ISM richtet zwei Arbeitsgruppen (Taktik/Technik) zur Einführung der **Digitalfotografie** ein. Der HPRP ist durch die Koll. Bender und Grindel in den AGs vertreten. Bereits in zwei Monaten sollen die Ergebnisse vorliegen, danach dürfen weitere Digi-Cams beschafft werden.

**Dieter Kronauer (Arbeiter),  
Annemarie Grindel  
(Angestellte),  
Ernst Scharbach (Beamte)**

## KURZ & KNACKIG

### ■ Videoscan von Kfz

Rheinland-Pfalz beabsichtigt nicht, anlassunabhängig und flächendeckend automatische Kfz-Kennzeichenlesesysteme einzusetzen, die die erfassten Kennzeichen mit den Fahndungsbeständen abgleichen. Für anlassbezogene Kontrollen im öffentlichen Verkehrsraum, so das ISM, sei mit § 27 Abs. 5 des neuen POG eine ausreichende Ermächtigung für die Polizei gegeben.

### ■ Drogenfahrten

Die Zahl der Fahrten unter Drogeneinfluss steigt. Es gibt zwar keine Erfassung, die Zahlen über einzelne Kontrollmaßnahmen mit aufgedeckten Drogenfahrten ins Verhältnis stellen, aber allein schon die steigende Zahl der Delikte spricht für den Trend. Bei Großkontrollmaßnahmen im 2. Halbjahr 2003 wurden von der Polizei 244 Fahrten unter Drogen- und 114 Fahrten unter Alkoholeinfluss festgestellt.

### ■ Heimatschutz

CDU und CSU ([www.cdusu.de](http://www.cdusu.de)) halten die institutionelle Trennung von innerer und äußerer Sicherheit für überholt. Deshalb müsse auch zum Zwecke der Terrorismusbekämpfung dem Ausbau eines modernen Heimatschutzes Priorität eingeräumt werden. Dafür seien über die geplante Bundeswehrstärke von 250 000 Soldaten hinaus weitere 25 000 Soldaten notwendig. Die Kosten dafür werden auf 500 Mio. EUR jährlich geschätzt. Nach GdP-Rechnung könnten dafür auch 10 000 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten eingestellt werden.

### ■ Steuern

Durch die Absenkung des Weihnachtsgeldes für die Beamten des Landes verliert Finanzminister Mittler rund 5,1 Mio. EUR Steuereinnahmen.

### ■ Terrorismus

Als Reaktion auf die Anschläge in Madrid hat Innenminister Zuber eine so genannte Beobachtungsgruppe islamistischer Terrorismus beim Verfassungsschutz eingerichtet. Ziele sind noch schnellere und zielgenauere Analysen und Informationen.

## POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK 2003

# Spagat zwischen Terrorbekämpfung und Alltagsarbeit schwer leistbar

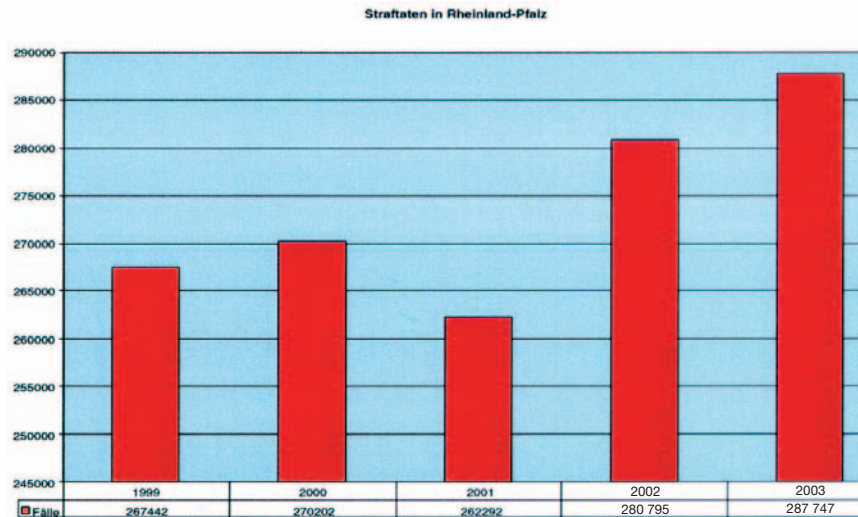
**Bedrohliche Arbeitsverdichtung bei der rheinland-pfälzischen Polizei, die abermals gestiegenen Fälle von Gewaltkriminalität und eine in ihrem Ausmaß nicht absehbare Herausforderung durch den internationalen Terrorismus sind für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Land die herausragenden Probleme im Zusammenhang mit der Kriminalitätsentwicklung des Jahres 2003.**

Rund 9000 Polizistinnen und Polizisten haben 287 747 statistikrelevante Strafsachen bearbeitet und 166 159 Taten geklärt. Zu Recht, so die GdP, zollte Innenminister Zuber in seiner Pressekonferenz den Kolleginnen und Kollegen für die hohe Aufklärungsquote Respekt. Ein Grund für die Stabilisierung der Aufklärungsquote auf diesem hohen Niveau (plus 1% auf 57,7%) ist nach Auffassung der GdP unter anderem der Rückgang der schwer aufzuklärenden Einbruchdiebstähle um 9,6% auf 47 051 Fälle. Die so genannten Tageswohnungseinbrüche seien sogar um 364 Fälle (über 16%) zurückgegangen. Dies könne, so GdP-Chef Ernst Scharbach, besonders auf die Präventionsarbeit der Polizei zurückgeführt werden. Und sein Vertreter Bernd Becker weist ergänzend darauf hin, dass im Rauschgiftbereich mit über 14 000 Fällen der Verfolgungsdruck aufrecht gehalten worden sei, was sich indirekt auch auf die Eigentumskriminalität

auswirke. Scharbach: „Die rheinland-pfälzische Polizei hat an diesen Problemen höchst flexibel und in projektorientierten Arbeitsgruppen gearbeitet. Das bringt uns an die Grenze des Machbaren, weil die Kolleginnen und Kollegen in den Dienstgruppen und Kommissariaten zur Alltagsbewältigung genauso dringend gebraucht werden.“ Die Polizei stehe vor dem Spagat, regional wirksame Bekämpfungskonzepte entwickeln zu müssen, um beispielsweise der Gewalt ethnisch geprägter Jugendgruppen wirksam zu begegnen, und gleichzeitig die Abwehr von Gefahren zu gewährleisten, die vom globalisierten Terrorismus und international agierender Organisierter Kriminalität (OK) ausgingen. Parallel müsse mit ungebremster Intensität die Alltagsarbeit erledigt werden, denn zu Recht wirke sich beispielsweise der Einbruchdiebstahl aus Wohnungen erheblich auf die empfundene Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger aus. Schon heute – so habe das KriPo-Forum der GdP zum Thema OK gezeigt – werde der Bereich der Organisierten Wirtschaftskriminalität unangemessen vernachlässigt. Mit Präsenz von Polizei an gefährdeten Örtlichkeiten oder mit der in die falsche Richtung zeigende Ein-

beziehung von Bundeswehr oder privaten Sicherheitsdiensten sei es längst nicht getan, meint dazu Bernd Becker. „Eine Chance haben wir nur durch frühzeitige Informationsgewinnung über Personen und Strukturen. Diese Aufgaben erfordern den Aufbau erheblicher Ermittlungskapazitäten.“ Das habe sich in den letzten Jahren bei der Durchführung und Abarbeitung der rheinland-pfälzischen Rasterfahndung nach so genannten „Schläfern“ gezeigt. Aktuell werde dies durch die Reaktion Walter Zubers deutlich, der die Einrichtung einer „Beobachtergruppe islamistischer Terrorismus“ angekündigt hat. Die GdP mahnt in diesem Zusammenhang an, die Aufgabenwahrnehmung der Sicherheitsorgane nicht mit einer fundamentalen Organisationsdebatte zu belasten. Ernst Scharbach: „Wir brauchen keinen neuen allzuständigen Bundesverfassungsschutz, sondern eine effiziente Zusammenarbeit der vorhandenen Dienste auch auf europäischer Ebene.“ Statt darüber nachzudenken, der Polizei wirksame Instrumente, wie etwa die Möglichkeit zur Wohnraumüberwachung bei erheblichen Gefahrenlagen, aus der Hand zu schlagen, müsse die Schnittstelle zwischen Verfas-

sungsschutz und Polizei so effizient wie möglich gestaltet werden. Unabhängig davon, ob man Terrorziele in Deutschland als wahrscheinlich einschätze, habe Deutschland zumindest eine große logistische Bedeutung für den internationalen Terrorismus und Extremismus. „Deshalb müssen die deutschen Sicherheitsbehörden bei der Informationsbeschaffung ihrer Verantwortung nachkommen. Dazu brauchen wir das erforderliche Personal und taugliche rechtsstaatliche Eingriffsermächtigungen“, sind sich Scharbach und Becker einig. Die GdP begrüßt, dass die Polizeiliche Kriminalstatistik durch Aufnahme des Kriteriums „Geburtsland“ künftig auch kriminelle Phänomene erfassen wird, deren Ursache im Bereich mangelnder Integration ethnischer Minderheiten, beispielsweise der spät ausgesiedelten „Russlanddeutschen“, zu suchen sind. Unter dem Strich, so Ernst Scharbach, werde immer deutlicher, dass die GdP mit ihrer Forderung nach dem Aufbau eines Personalbestandes von 10 000 Polizistinnen und Polizisten nach wie vor richtig liege. „Nach unseren Berechnungen fehlen 500 im Wechselschichtdienst und 500 in anderen operativen und ermittelnden Bereichen“, konstatiert Scharbach. **BB**



Anzeige

## Neues Auto?

Günstige Konditionen  
beim

**Polizeisozialwerk**  
Rheinland-Pfalz GmbH

0 61 31 – 9 60 09 31



# LANDES JOURNAL

## SENIORENGRUPPE DER KREISGRUPPE PP/PD KOBLENZ

### GdP ehrt verdiente Veteranen

*Eine besondere Geburtstagsfreude bereitete die Seniorengruppe der KG PP/PD Koblenz verdienten Pensionären der Kreisgruppe, die alle schon seit über 50 Jahren treu zu ihrer Gewerkschaft der Polizei stehen. Der Koblenzer Seniorenvorsitzende Josef Baus und GdP-Bundesseniorenvorsitzende Heinz Blatt ehrten die Kollegen anlässlich ihres Geburtstages mit einem kleinen Präsent und wünschten vor allem Gesundheit für das neue Lebensjahr.*



*Josef Höhn, 80 Jahre*



*Heinrich Kremer, 93 Jahre*



*Walter Reuber, 80 Jahre*



*Peter Wagner, 90 Jahre*



*Josef „Bobby“ Sander, 92 Jahre*

## Vom Winter auf Sommer in 25 Sekunden



206 CC



### Der PEUGEOT 206 CC Filou

Lassen Sie sich von seinem Charme fesseln und starten Sie schon jetzt in den Sommer: Auf Knopfdruck wird aus dem rassigen Coupé in nur 25 Sekunden ein elegantes Cabrio. Und das zu einem unwiderstehlichen attraktiven Preis. Mit

- \* 1.6 l 16V
- \* 80 kW (109 PS)
- \* 4 Airbags
- \* ABS-Notbremsassistent und ESP serienmäßig
- \* Sportsitzen
- \* elektrische Fensterheber vorn und hinten
- \* Außenspiegel elektrisch verstell- und beheizbar

Super Konditionen beim

Telefon: 0 61 31/9 60 09-31





## GdP-Seminare

**Von der aktuellen Sicherheitslage über die Reform der Altersversorgung bis zur Internetkriminalität: Die GdP bietet mit ihren staatspolitischen Bildungsseminaren ein breites Spektrum an Fortbildungs- und Informationsmöglichkeiten.**

**Für das erste Halbjahr 2004 gibt es folgende Angebote:**

■ **GdP-Fachseminar Kriminalpolizei**

6. Mai 2004 (Tagesseminar)  
„Terrorismus – Herausforderungen an die Sicherheitsarchitektur in Deutschland“

■ **GdP-Tarifseminar**

25. und 26. Mai 2004  
„Zukunft Öffentlicher Dienst – Soziale Sicherung und Neugestaltung von Arbeitsfeldern“

■ **GdP-Frauenseminar**

7. und 8. Juni 2004  
„Rollenverständnis der Frau in der Gesellschaft am Beispiel von Frauen in der Polizei“

■ **Seminar JUNGE GRUPPE**

24. und 25. Juni 2004  
„Internetkriminalität“  
Alterszielgruppe: bis 30 Jahre

Alle Seminare finden im Hotel Peifer in Brodenbach/Mosel statt. Sonderurlaub kann beantragt werden. Die GdP übernimmt Reisekosten sowie Unterkunft und Verpflegung. Teilnehmerplätze stehen nur in begrenzter Zahl zur Verfügung. Deshalb schnelle Anmeldungen an Gewerkschaft der Polizei, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55129 Mainz; Fax: 0 61 31 – 9 60 09 99; www.gdp-rp.de

Anzeige

### Neues Auto?

Günstige Konditionen  
beim

Polizeisozialwerk  
Rheinland-Pfalz GmbH

0 61 31 – 9 60 09 31

Anzeige

**Sie haben Fragen zur Versorgungsänderung für Beamte und Tarifbeschäftigte oder zu Versicherungen?**

**Wir haben jeden **Dienstag****

**von 10.00 – 13.00 Uhr**

**unsere Hotline für Sie geschaltet.**

**Rufen Sie einfach an:**

**Tel: 0 61 31 – 9 60 09 50**

## Senioren aktiv



Die GdP-Bezirksgruppe Westpfalz bleibt für ihre Senioren aktiv. Jetzt wurde eine Seniorengruppe auf Bezirksebene gegründet, der alle Rentner, Pensionäre und in der Freistellungsphase der Alterszeit befindliche Mitglieder angehören.

Bei der Gründungsversammlung am 4. März 2004 wurde die Satzung verabschiedet und ein Vorstand gewählt. Den Vorsitz übernahm Heinrich Fippingger (im Bild vorne links). Seine Vertreter sind Dieter Tendick und Bodo Wegner.

Der Vorsitzende gehört dem Bezirksgruppenvorstand an. Wir wünschen den Kollegen viel Erfolg und eine glückliche Hand bei ihrer Arbeit.

## Polizeistiftung

Im August 1997 gründete das Land Rheinland-Pfalz die Polizeistiftung. Unterzeichnet wurde die Stiftungsurkunde von Innenminister Walter Zuber und dem damaligen Vorsitzenden des Hauptpersonalrates Polizei Heinz Hebel. Das Stiftungsvermögen in Höhe von 50 000 DM wurde vollständig vom Land eingebracht. Das Finanzamt hat die Stiftung als steuerbegünstigt anerkannt, da sie mildtätige und gemeinnützige Zwecke fördert. Seither konnte die Stiftung in einer Vielzahl von Fällen helfen. Dem Abschlussbericht ist zu entnehmen, dass in 2003 19 000 € als Hilfen gewährt wurden. Es handelte sich u. a. um Rehabilitationsmaßnahmen nach schwersten Verletzungen im Dienst, um Unterstützungen bei schwerwiegenden Erkrankungen und um Hilfen in sonstigen sozialen Notlagen. Besonders hervorzuheben ist die Unterstützung der Stiftung durch die Zuweisung von Bußgeldern durch die rheinland-

pfälzischen Gerichte und Spendenaktionen, die von Kolleginnen und Kollegen, oft unterstützt durch Auftritte des Polizeiorchesters, durchgeführt wurden. Auch Festlichkeiten aus Anlass von Geburtstagen oder Jubiläen wurden zu Spendensammlungen genutzt. Eine Vielzahl von Kollegen unterstützt die Stiftung zudem durch regelmäßige Überweisungen. „Herz und Seele“ der Stiftung ist von Beginn an Kollege Winfried Büttner, ehemaliger Leiter des 1. Reviers in Mainz als Geschäftsführer. Im Vorstand der Stiftung wirken der Leiter der Abt. 4 des ISM Hanns-Peter Ludwig, der Inspekteur der Polizei Werner Blatt, Hermann Josef Barz aus dem PP Koblenz und der Vorsitzende des Hauptpersonalrates Ernst Scharbach. Die Polizeistiftung arbeitet unentgeltlich und ehrenamtlich. Spenden werden erbeten unter: Landesbank Rheinland-Pfalz, BLZ: 550 500 00, Kto. 110 122 777.